

Koordinierungskonferenz berät GOZ/HOZ

Die Koordinierungskonferenz aller GOZ-Referenten am vergangenen Freitag in Berlin hat das von der Prognos AG zur Honorarordnung der Zahnärzte (HOZ) erstellte Gutachten „Bewertung einer Honorarordnung der Zahnärzte (HOZ) – Kalkulation auf der Basis betriebswirtschaftlicher Grundsätze“ bestätigt. Dieses Gutachten war im Rahmen der Bundesversammlung der Bundeszahnärztekammer (BZÄK) im November 2009 kontrovers diskutiert und teils in Frage gestellt worden. Wörtlich trafen die GOZ-Referenten einstimmig folgende Feststellung: *„Das zur Leistungsbewertung der Leistungen der HOZ erstellte Gutachten der Prognos AG wird bestätigt. Die auf der Bundesversammlung 2009 dagegen erhobenen Behauptungen sind nicht geeignet, die Ergebnisse in Frage zu stellen. Die Behauptungen sind betriebswirtschaftlich falsch und inkonsistent.“*

Zwischenzeitlich konnte der GOZ-Senat in ausführlichen Gesprächen selbst schärfste Kritiker von der Richtigkeit der Prognos-Berechnungen überzeugen.

Parallel zur Koordinierungskonferenz fand die 32. Sitzung des Deutschen Bundestages statt. Hier wurden von MdB, Dr. Rolf Koschorrek, neben den Aspekten: Approbationsordnung, Sicherung der ärztlichen Versorgung, Aufbau telematischer Infrastruktur und Angleichung der ZÄ-Honorare zwischen Ost und West, erstmals die Frage der Gebührenordnung für Zahnärzte eingebracht und diskutiert.

Das Plenarprotokoll der 32. Sitzung des Deutschen Bundestages steht hier zum download bereit: <http://www.bundestag.de/dokumente/protokolle/plenarprotokolle/17032.pdf>

Gründungsversammlung AK Ethik

Am vergangenen Freitag hat sich in Frankfurt, unter Beteiligung der BZÄK, der Arbeitskreis Ethik in der Zahnmedizin konstituiert. Dieser neue Arbeitskreis ist bei der Deutschen Gesellschaft für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde (DGZMK) angesiedelt und hat die Aufgabe, ethische Fragen der Zahnmedizin zu klären sowie das Problembewusstsein für derartige Fragestellungen innerhalb des Faches zu wecken. In allen Bereichen zahnärztlicher Forschung, Lehre und Praxis nehmen ethische Fragen einen breiten Raum ein. Der AK will hier Hilfestellung leisten und ist von Praktikern wie Wissenschaftlern gleichermaßen besetzt. In der Gründungsversammlung wurde Prof. Dr. mult. Dominik Groß, Aachen, zum Vorsitzenden des AK gewählt. Seine Stellvertreter sind Prof. Dr. Ina Nitschke, Universität Leipzig, Vorsitzende der DGAZ, Dr. Peter Weißhaupt, niedergelassener Zahnarzt in Iserlohn sowie Dr. Dietmar Oesterreich, Vizepräsident der BZÄK und niedergelassener Zahnarzt in Stavenhagen.

DGK-Tagung zur nationalen Gruppenprophylaxe

Eine aktuelle Status-Analyse der Gruppenprophylaxe in Deutschland – vorgelegt von Landespolitik, Wissenschaft und Praxis und beispielhaft dargestellt an der Arbeit der Landesarbeitsgemeinschaft Berlin zur

Verhütung von Zahnerkrankungen - bot die Frühjahrstagung der Deutschen Gesellschaft für Kinderzahnheilkunde (DGK) am 12. und 13. März 2010 in Berlin. Für die Landespolitik begrüßte Dr. Dietmar Oesterreich, Vizepräsident der Bundeszahnärztekammer, das Miteinander aller Beteiligten in der Gruppenprophylaxe. In seinem Beitrag zur „Zahnmedizinischen Gruppenprophylaxe in Deutschland“ skizzierte er die gesetzliche und strukturelle Situation der insgesamt 17 Landesarbeitsgemeinschaften vor Ort und auch deren Vielfalt in der Realisierung des Auftrags gemäß § 21 SGB V. Die Aufgaben der Gruppenprophylaxe, so Oesterreich, veränderten sich mit der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung. Risikogruppenorientierte Prophylaxestrategien seien künftig ein Schwerpunktthema. Dabei kritisierte er Pläne zum Abbau des Öffentlichen Gesundheitsdienstes.

MFT diskutierte Bologna-Prozess

„Die Medizin und der Bologna-Prozess: Frischer Wind im Heiligtum?“ Unter dieser Thematik stand am 15. März eine Tagesveranstaltung des Medizinischen Fakultätentages (MFT) und des Verbandes der Universitätsklinika Deutschlands (VUD) in Berlin. Von den Vertretern des MFT, der VUD, der Hochschulrektorenkonferenz (HRK), der Kultusministerkonferenz (KMK) sowie des Deutschen Hochschulverbands (DHV) wurde im Rahmen der Veranstaltung die Ein-

führung von Bachelor/Master-Studiengängen (BA/MA) in der Medizin in Deutschland diskutiert. Dabei wurden überwiegend die bekannten Standpunkte ausgetauscht. Im Rahmen der Veranstaltung veröffentlichte die Arbeitsgemeinschaft Hochschulmedizin eine Resolution „Qualität des Medizinstudiums erhalten – aber nicht durch BA/MA“ und sprach sich erwartungsgemäß für den Erhalt des status quo aus und forderte Bund und Länder auf, dafür zu sorgen, dass die medizinische Forschung und Lehre sowie die ärztliche und zahnärztliche Ausbildung nicht durch BA/MA-Umstellungen gefährdet werden. Eine Prüfung der Ergebnisse der Bolognareformen sei ebenso wie die Aufstellung der Umstellungskosten - nach einem Moratorium - die Voraussetzung für mögliche Strukturänderungen der ärztlichen und zahnärztlichen Ausbildung.



Board Task Force des CED zum Thema „Freie Berufe in Europa“

Auf Anregung des Präsidenten der Bundeszahnärztekammer (BZÄK), Dr. Peter Engel, wurde am vergangenen Freitag in Brüssel die Einrichtung einer Board Task Force (BTF) des Council of European Dentists (CED) zum Thema „Freie Berufe in Europa“ beschlossen. Prof. Dr. Wolfgang Sprekels ist als Vertreter der BZÄK Mitglied der BTF.

Die Freien Berufe waren Gegenstand zahlreicher Beratungen auf europäischer Ebene. So greift der EU-Vertrag diesen Begriff in Artikel 50 im Zusammenhang mit der Dienstleistungsfreiheit auf. Auch der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat sich mit Fragen der Freien Berufe wiederholt auseinandergesetzt.

Das viel beachtete Urteil in der Rechtssache Doc Morris von Mai 2009 zum Fremdbesitzverbot von Apotheken ist dafür nur ein Beispiel. Auch das Europäische Parlament (EP) hat sich in zahlreichen Entschlüssen und Erklärungen zum Begriff des Freien Berufes geäußert, so beispielsweise in seiner Entschlüsselung vom Oktober 2006.

Trotz all dieser Ansätze ist es bisher nicht gelungen, ein europäisches Verständnis vom Begriff und der Funktion des Freien Berufes für die Gesellschaft zu entwickeln. Symptomatisch hierfür ist eine Diskussion im EP aus dem Jahr 2008 über den Entwurf einer schriftlichen Erklärung zur Bedeutung der Freiberuflichkeit in Europa.

Es ist zu erwarten, dass sich die Diskussion über die

Freien Berufe in Europa und ihre Regulierung weiter fortsetzen wird. Will man die Besonderheiten der Freien Berufe im Spannungsfeld von Regulierung und Liberalisierung erhalten, dann ist ein gemeinsames Verständnis in den betroffenen Berufsgruppen notwendig. Vor diesem Hintergrund hat die BZÄK innerhalb der europäischen Zahnärzteschaft die entsprechende Diskussion über die Bedeutung der Freiberuflichkeit angestoßen. Die angedachte Stellungnahme des CED soll Signalwirkung für andere europäische Berufsverbände der Freien Berufe haben.

EP lehnt Nährwert-Ampel ab

Die Einführung einer Ampel zur Nährwertkennzeichnung von Lebensmitteln hat der federführende Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) des EP mehrheitlich abgelehnt. Allerdings sollen die Lebensmittelhersteller nach dem Willen der ENVI-Mitglieder verpflichtet werden, eine Reihe anderer Angaben zu machen, u.a.: Die Nährwertangaben der Lebensmittel müssen gut lesbar abgedruckt werden, Lebensmittelhersteller sind verpflichtet, Angaben zu Energiewert, Fett, gesättigten Fettsäuren, Transfetten und Kohlenhydraten mit besonderem Hinweis auf Zucker und Salz vorzulegen. Außerdem müssen auch Ballaststoffe, Eiweiß und Transfettsäuren gekennzeichnet werden. Gegen den Widerstand der konservativen Mitglieder im Umweltausschuss wurde durchgesetzt, dass auch das Herkunftsland für Produkte aus Fleisch, Geflügel und Milch sowie für Obst und Gemüse stets angegeben werden muss. Die Abgeordneten sprachen sich für eine verpflichtende Kennzeichnung von Nanofood aus. Dieses Abstimmungsergebnis ist ein erster richtungsweisender Schritt im Gesetzgebungsverfahren. Die BZÄK unterstützt dieses Ergebnis, da die Ampelkennzeichnung die Gefahr birgt, dass auch Lebensmittel, die vermeintlich ungesund sind einen grünen Ampelpunkt bekämen. Die Parlamentsentscheidung wird voraussichtlich im Juni dieses Jahres fallen.